



Roger Liddle und Florian Ranft

Brexit – Was für die EU und Großbritannien auf dem Spiel steht

politik für europa
#2017plus

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

politik für europa #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss! Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:
<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die FES ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Benannt ist sie nach Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Als parteinahe Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und möchten den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart befördern. Wir verstehen uns als Teil der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt. Mit unserer Arbeit im In- und Ausland tragen wir dazu bei, dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten.

Über die Autoren dieser Ausgabe

Roger Liddle ist Mitglied des House of Lords und Co-Vorsitzender von Policy Network. Er war europapolitischer Berater des britischen Premierministers Tony Blair.

Florian Ranft ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Policy Network. Er ist Organisator des Demokratie-Forums auf dem Hambacher Schloss.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Dr. Alexander Schellinger und **Paula Boks**, Referat Internationale Politikanalyse.

IN KÜRZE

- David Cameron plant bis Ende 2017 ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU abzuhalten. Dies stellt ein großes Risiko für die Zukunft des Landes wie auch Europas dar.
- In dieser schwierigen Phase empfinden unsere EU-Partner die britische Frage als unliebsame Störung. Wirtschaftliche Divergenzen, wachsende soziale und politische Spannungen und der zunehmende Populismus in vielen Mitgliedstaaten bergen Gefahren. Ein Brexit hätte womöglich Sogwirkung auf die Politik anderer Länder und stellt die Nachhaltigkeit der europäischen Integration in Frage.
- Ein positiver Ausgang des Referendums hängt überwiegend vom guten Willen der Partner Großbritanniens ab. Derzeit sieht es ganz danach aus, dass die anderen EU-Länder Großbritannien in der EU halten wollen – allerdings nicht um jeden Preis.
- David Cameron hat für die Nachverhandlungen nur begrenzten Spielraum, politische Kompromisse in den von ihm definierten Kernbereichen sind aber durchaus möglich. Im Mittelpunkt werden dabei vier Elemente stehen: 1. Eine Ausnahmeregelung für Großbritannien hinsichtlich des Grundsatzes einer »immer enger werdenden Union«, 2. Garantien gegen »unfaire« Diskriminierung durch die stärker integrierte Eurostaatsengruppe, 3. eine größere Rolle für nationale Parlamente im Gesetzgebungsprozess der EU, und 4. Beschränkungen von Sozialleistungen für EU-Migranten.
- Ein Referendumsentscheid für einen Verbleib Großbritanniens in der EU würde die »europäische Frage« in der britischen Politik vermutlich nicht lösen. Falls das pro-europäische Lager die Bürger nicht hinreichend überzeugt, werden euroskeptische Konservative, UKIP-Populisten und radikale linken Kräfte das Thema unermüdlich immer wieder auf die politische Tagesordnung setzen. Eine halbherzige Kampagne, die sich auf die wirtschaftlichen Handelsvorteile durch den EU-Binnenmarkt konzentriert, wird nicht ausreichen, um die britische Euroskepsis zu überwinden.

1. »POINT OF NO RETURN«

David Cameron wollte nie ein Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft abhalten. Die Wahlanalysen lieferten eine wichtige Erkenntnis, den die Modernisierer in der Conservative Party verinnerlichten: Die Torys hatten drei Wahlen in Folge verloren – 1997, 2001 und 2005 –, weil sie in der öffentlichen Wahrnehmung vollkommen auf Europa fixiert waren. Kurz nach seiner Wahl zum Parteichef im Dezember 2005 stellte Cameron in einer Schlüsselrede unmissverständlich klar:

»Statt über die Dinge zu reden, die den meisten Menschen am wichtigsten sind, haben wir darüber geredet, was uns am wichtigsten ist. Während Eltern sich um ihre Kinder sorgten, um Schule, um die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, sind wir auf Europa herumgeritten« (British Political Speech 2015)

Seit die Konservativen 1997 in die Opposition gegangen waren, hatten sie die Ratifizierung aller vier europäischen Verträge abgelehnt, welche die Labour-Regierung unterzeichnet hatte. Unter einer konservativen Regierung, so verkündeten sie, werde Großbritannien »niemals« dem Euro beitreten. Als Cameron Parteichef wurde, galt er nicht gerade als Europafreund. Er war in den 1980er Jahren zu Zeiten von Margaret Thatchers ausgesprochener EU-Skepsis in die Parteizentrale der Torys gekommen. Später war er Berater von Norman Lamont und Michael Howard, zwei führenden Euroskeptikern. Trotzdem fällt es schwer zu glauben, dass ein Politiker mit einer grundlegend konservativen Gesinnung wie Cameron, als derjenige in die Geschichte eingehen will, der beim EU-Austritt Großbritanniens federführend gewirkt hat. Allerdings ist Cameron den Europagegnern in seiner Partei nie entschieden genug entgegengetreten. Das hat er als Premierminister teuer bezahlen müssen.

Die Eurozonenkrise 2010 und 2011 brachte die europäische Frage mit voller Wucht in die britische und insbesondere die konservative Politik zurück. Viele Konservative wollten, dass der Euro scheitert: George Osborne entgegnete diesem Druck, indem er argumentierte, dass die stärker föderal ausgerichtete Integration für ein Überleben der Eurozone notwendig sei. Großbritannien müsse mitziehen, vorausgesetzt, es könne für seine EU-Mitgliedschaft ein »neues, loseres Verhältnis« aushandeln. Dies führte im Oktober 2011 zu einer Abstimmung im Unterhaus, in der mehr als 100 konservative Hinterbänkler ein EU-Referendum forderten. Cameron wurde somit gezwungen, eine Volksabstimmung über die britische EU-Mitgliedschaft bis Ende 2017 in Aussicht zu stellen. In seiner Bloomberg-Rede im Januar 2013 führte er Argumente für eine EU-Reform an, die viele Menschen in Europa, insbesondere im Mitte-rechts-Spektrum, in der Wirtschaft und in den nördlichen Mitgliedstaaten, durchaus überzeugten.

Es kam jedoch anders. Anstelle von institutionellen Reformen rückte die Einwanderung als politisches Thema in den Vordergrund und bescherte der UK Independence Party massiven Zulauf. Dieser gipfelte darin, dass UKIP aus der Europawahl im Mai 2014 als stärkste britische Partei hervorging. Der populistische UKIP-Chef Nigel Farage verknüpfte die Frage der Einwanderung explizit mit der EU-Mitgliedschaft und behauptete, Großbritannien werde, solange es in der EU bleibe, seine eigenen Grenzen nie wieder in den Griff bekom-

men. Cameron sah sich aufgrund des politischen Drucks von rechts dazu gezwungen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit in die Agenda der Nachverhandlungen aufzunehmen. Im Dezember 2014 legte er ein Maßnahmenpaket vor, welches auch die Begrenzung von Sozialhilfeleistungen für arbeitende Migranten aus der EU beinhaltete.

2. DIE RISIKEN DES REFERENDUMS

Die Mehrheit der Briten sind keine fanatischen Unterstützer der EU. Man hegt Misstrauen gegenüber der EU, ganz im Gegensatz zur politischen Klasse, die oft weniger europaskeptisch ist, als sie es vorgibt zu sein. In den drei Jahren vor der Parlamentswahl im Mai 2015 verbesserte sich die öffentliche Meinung zur britischen EU-Mitgliedschaft in Umfragen. Die Zahlen unterschieden sich je nach Umfrageinstitut, doch der Trend war eindeutig. Die Flüchtlingskrise jedoch – besonders die chaotischen Szenen in Calais und die wahrgenommene Unfähigkeit Europas, seine Grenzen in den Griff zu bekommen – hat die Umfrageergebnisse deutlich verändert. Eine aktuelle Umfrage ergibt, dass die öffentliche Meinung zur EU-Mitgliedschaft gespalten ist: 38 Prozent sind für den Verbleib, 40 Prozent für den Austritt, 16 Prozent unentschieden (YouGov 2015).

Das Thema »Europa« spielte im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Mai 2015 eine untergeordnete Rolle. Ab Herbst wird es bis zum Referendum jedoch das wichtigste innenpolitische Thema sein. Die Europabefürworter werden es schwerer haben als 1975, die Wähler-innen vom Verbleib zu überzeugen. Das liegt vor allem an der heute überwiegend europafeindlichen Presse. Dies gilt insbesondere in der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der europäischen Identität. Zudem ist unklar, inwieweit das Referendum die Conservative Party spalten wird. David Cameron und George Osborne werden sich für Europa einsetzen und das große Potenzial des Kontinents für die britische Wirtschaft hervorheben. Andererseits werden führende Konservative und mögliche Gegenkandidaten zu George Osborne als Camerons Nachfolger erst entscheiden, welche Seite sie unterstützen, wenn die Ergebnisse der Nachverhandlungen feststehen. Dazu zählt etwa die energische Innenministerin Theresa May, die sich die Begrenzung der Einwanderung auf die Fahnen geschrieben hat. Auch gilt dies für den beliebten Boris Johnson, derzeit Bürgermeister von London und Parlamentsmitglied: Nach Ende seiner Amtszeit im nächsten Mai hätte er gerne einen Posten in Camerons Kabinett.

Abgesehen von innerparteilichen Unsicherheiten könnte auch eine neue Welle des Populismus das Ende der britischen EU-Mitgliedschaft markieren – ausgelöst durch das Wiederaufflammen der Flüchtlingskrise. Die Sachlage ist kompliziert. Zwar kommt die populistische Reduktion zum Thema Migration eines Nigel Farage bei etwa einem Fünftel der Wähler-innen sehr gut an, doch viele andere stößt sie auch ab. Die öffentliche Haltung zur Migration hat viele Nuancen: Die Menschen würden sie nicht so massiv ablehnen, wenn sie »fairere Regeln« wahrnehmen würden. Europabefürworter haben hier ein starkes Argument an der Hand: Die Europagegner gehen nämlich davon aus, dass sie durch einen Austritt aus der EU einen freien Handel mit

Europa ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit erreichen könnten. Doch die Schweiz, die oft als Vorbild genannt wird, das sich dem »Würgegriff« der Europäischen Union entzogen hat, beherbergt im Verhältnis zu seiner Bevölkerung viel mehr EU-Migranten als Großbritannien. Wie bei jeder Volksabstimmung steht zu befürchten, dass die Wähler-innen über das Referendum ihre Unzufriedenheit mit der politischen Klasse in Westminster zum Ausdruck bringen könnten, die sich viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

WAS AUF DEM SPIEL STEHT

Im Falle eines »Nein« haben beide Seiten viel zu verlieren, das Vereinigte Königreich und die EU. Für die Briten würde der Austritt bedeuten, dass sie den freien Zugang zu den wichtigsten Handelspartnern und zum europäischen Binnenmarkt verlieren. Letzterer garantiert ein weit höheres Maß an wirtschaftlicher Integration »hinter der Grenze«, als es der freie Handel je könnte, und ist auf ein komplexes EU-Regelwerk angewiesen. Wie der Gouverneur der Bank of England es jüngst in einer Rede dargestellt hat, profitiert Großbritannien wirtschaftlich mehr als die meisten EU-Staaten von der Mitgliedschaft. Insbesondere weil diese als Magnet für Investitionen aus dem Rest der Welt und der EU wirkt. Jedenfalls würde Großbritannien durch den EU-Austritt ein »rule taker rather than a rule maker«: Es müsste sich nach wie vor an die meisten EU-Vorschriften halten, wenn die Unternehmen Handel mit der EU treiben wollen. Dieser Sachverhalt ist durch das Verhältnis der Schweiz oder Norwegens mit der EU gut belegt und wird von den Ausstiegsbefürwortern stark vernachlässigt (Pat McFadden 2015).

In Zeiten, in denen Europa wirtschaftlich und politisch Macht einbüßt, birgt ein Austritt Großbritanniens auch für die EU große Risiken: Ohne das wirtschaftliche Gewicht, die globale Ausrichtung und Vision, die transatlantische Verbundenheit und die militärische Kapazität des Vereinigten Königreichs würde sie ernsthaft geschwächt werden. Hinzu kommt ein politisches Argument: Der mögliche Grexit wurde auch deswegen abgelehnt, weil er die Unumkehrbarkeit der europäischen Integration in Frage gestellt hätte. Wie viel mehr Material würde man nun mit dem Brexit antieuropäischen Populisten an die Hand geben! Nach wie vor ist es im Interesse der anderen EU-Mitglieder, Großbritannien in der Union zu halten. Doch in welchem Maße sind sie bereit, Camerons Forderungen nachzugeben?

3. ERREICHT CAMERON SEIN ZIEL?

Wie werden unsere EU-Partner auf Camerons Forderung nach einer »Nachverhandlung« reagieren? Wie viel ist ihnen die britische Mitgliedschaft wert?

Für Cameron ist dies schwieriges Terrain. Er muss viel Boden gutmachen. In seiner ersten Amtszeit als Premierminister reagierten unsere wichtigsten Partner in Brüssel überwiegend verärgert, schon fast verächtlich auf ihn. Hinter seiner hochmütigen Haltung vermuteten sie ausschließlich innenpolitische Motive, nicht etwa die rationale Erwägung britischer, geschweige denn europäischer Interessen.

Die stärkste Unterstützung hat die Mitgliedschaft Großbritanniens in Nordeuropa. Für die Niederlande liegt der Verbleib Großbritanniens in der EU im nationalen Interesse. Auch die Schweden unterstützen die Briten, da sie nicht Mitglied des Euroraums sind, wollen sich jedoch nicht öffentlich zu weit aus dem Fenster lehnen. Die Deutschen wünschen sich ausdrücklich den Verbleib der Briten in der EU: zum einen weil sie die britische Position für wirtschaftliche Offenheit teilen, zum anderem, weil sie Großbritannien als politisches Gegengewicht zu Frankreich sehen. Allerdings hat Angela Merkel deutlich gemacht, dass Deutschland die britische Mitgliedschaft nicht um jeden Preis unterstützen wird. Deutschland wird einen Bruch mit den Gründungsprinzipien der EU, zum Beispiel in der Arbeitnehmerfreizügigkeit, nicht zulassen.

Wiederholt wurde darüber spekuliert, ob für die von der britischen Regierung angestrebte Nachverhandlung auch Vertragsänderungen notwendig sind. Cameron behauptet dies, indes ohne auszuführen, was genau er damit meint. Die Regierung erwartet nicht, dass Vertragsänderungen in allen Mitgliedstaaten noch vor dem britischen Referendum ratifiziert werden. Allerdings sucht sie nach einer rechtlich bindenden Form, die vorab eine Verpflichtung zu Vertragsänderungen enthält. Präzedenzfälle sind das Dänische Protokoll von 1992 und das Irische Protokoll von 2008. Beide Instrumente enthielten rechtlich verbindliche Zusicherungen, damit die dänische und irische Wählerschaft, die zuvor in nationalen Referenden Vertragsänderungen abgelehnt hatten, diesen zustimmten. Diese Garantien bezogen sich jedoch größtenteils auf den betroffenen Mitgliedstaat. Allerdings wurde den Iren zudem zugesagt, dass jeder Mitgliedstaat weiterhin seinen eigenen Kommissar stellen würde; damit waren frühere Pläne zur Verkleinerung der Kommission hinfällig. Dennoch: Es lässt sich nur schwer voraussagen, inwieweit ein rechtlich bindendes Protokoll umfänglichere Vertragsänderungen absichern könnte.

Eine Möglichkeit wäre eine Erklärung des Europäischen Rates, in der eine vereinbarte Richtung festgelegt wird. Die Briten hatten in der Vergangenheit eine relativ entspannte Haltung zu solchen Erklärungen, eben weil sie nicht im selben Maße als rechtlich bindend galten wie Vertragsänderungen.

Was also könnte Cameron verhandeln? Im endgültigen Paket könnten drei Elemente auftauchen:

- Erstens ein Protokoll, das rechtlich bindende Ausnahmeregelungen und Garantien speziell für Großbritannien enthält.
- Zweitens eine Erklärung mit (allerdings geringerer) rechtlicher Wirkung zur Richtung für zukünftige Vertragsänderungen.
- Drittens könnte die Europäische Kommission in Hinblick auf spezifische Änderungen in der Rechtsprechung, der Regulierung und den Grundsätzen der EU ein formelles »White Paper« einbringen, das vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament gebilligt wird. Dessen Inhalte könnten sehr detailliert sein und auch einen Entwurf für die Novellierung der EU-Gesetzgebung enthalten.

4. SYMBOLISCHE EINGESTÄNDNISSE

Cameron braucht symbolhafte Erfolge in den Nachverhandlungen, mit denen er verdeutlichen kann, dass ein neues Europa entsteht, in dem Großbritannien eine andere und losere Beziehung zur EU hat als bisher. Beispiele hierfür wären:

»EVER CLOSER UNION« ADE

Cameron legt großen Wert darauf, dass der Vertragsgrundsatz einer »immer enger werdenden Union« für das Vereinigte Königreich nicht mehr gelten solle. Europafreunde machen sich gern darüber lustig, weil heute ohnehin davon ausgegangen wird, dass diese Vertragsverpflichtung kaum praktische Bedeutung hat. Eine Absage an diesen Grundsatz würde an den rechtlichen und institutionellen Beziehungen Großbritanniens zur EU kaum etwas ändern. Doch Cameron könnte darauf verweisen, dass sich Großbritannien nicht mehr für das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa einsetzt, dass unsere EU-Mitgliedschaft zu ihrem ursprünglichen Wesen eines gemeinsamen Marktes zurückkehrt, und dass, ganz gleich, was andere Mitgliedstaaten entscheiden, Großbritannien nicht mehr Teil der »politischen Union« ist. Dies sind lediglich Worte, doch sie haben Bedeutung.

DER STATUS VON NICHT-EUROLÄNDERN

Dieser Punkt hat sowohl symbolische als auch praktische Bedeutung. Wenn unsere Partner die dauerhafte Trennung in Eurostaaten und Nicht-Eurostaaten anerkennen und Mechanismen dafür sorgen, dass ihre Interessen nicht in Konflikt geraten, so akzeptieren sie damit, dass Großbritannien dem Euro niemals beitreten wird. Dadurch wäre die politische Realität in Großbritannien abgebildet. Gleichzeitig würde dies als irreversibel gelten – obgleich in der Praxis nichts jemals irreversibel sein kann. Logische Folge dieses Anerkennens jedoch ist, dass im Binnenmarkt zwischen Eurostaaten und Nichteurostaaten verstärkt verbindliche Garantien für die faire Behandlung sicherzustellen sind. Diese sind daher wichtige Ziele Großbritanniens für die Nachverhandlung.

Aber was will die britische Regierung erreichen, was es nicht schon lange gäbe? Die Gleichbehandlung innerhalb des Binnenmarktes ist schließlich ein Kernprinzip der EU-Verträge. Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben dies immer wieder gestärkt. Ein gutes Beispiel ist das Urteil, mit dem das Gericht jüngst verhinderte, dass *Clearing*-Stellen zur Abwicklung von Wertpapieren in Euro ihren Sitz im Euroraum haben müssen – wie dies von der Europäischen Zentralbank angestrebt wurde. In diesem Fall war es der britischen Regierung natürlich recht, dass die Londoner City einen Sieg gegen die Eurozone davontrug.

MEHR MACHT FÜR NATIONALE PARLAMENTE

Konservative Euroskeptiker fordern ein Vetorecht für nationale Parlamente gegen Gesetze und Richtlinien der EU. Europagegner in Großbritannien haben stets betont, dass mit

der EU-Mitgliedschaft ein inakzeptabler Verlust an Souveränität einhergeht. Letztere bildet den Grundstein der britischen konstitutionellen Demokratie in ihrem jahrhundertelangen Kampf mit der Monarchie. Cameron weiß, dass eine solche Forderung für unsere Partner völlig untragbar ist, und dass die Bündelung der Hoheitsrechte zum Wesen der Europäischen Union gehört. Da er jedoch nicht mit leeren Händen von den Nachverhandlungen zurückkehren kann, hat er für die EU-Verfahrensabläufe ein stärkeres Mitspracherecht für Gruppen nationaler Parlamente vorgeschlagen. Das Symbol, welches sich dahinter verbirgt, ist ein mögliches Upgrade der »gelben« und »roten Karten«, die im Vertrag von Lissabon enthalten sind.

SOZIALSTAATLICHE ANREIZE BEI DER FREIZÜGIGKEIT ABSCHAFFEN

Cameron sieht ein, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit ein unveränderbares Grundprinzip der EU ist. Seine Nachverhandlungen zielen darauf ab, die, wie er es sieht, sozialstaatlichen Anreize einzudämmen, welche gering qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Teilen der EU nach Großbritannien ziehen.

In Großbritannien wird diese Debatte von Vorurteilen, Übertreibungen und dem Fehlen objektiver Daten überschattet. Erschwert wird sie darüber hinaus von der Entwicklung der britischen Sozialhilfe von einem beitragsgestützten System hin zu einem System, das alle Einwohnerinnen – nicht Bürgerinnen – auf der Grundlage ihrer Bedürftigkeit betrachtet. Dem britischen Sozialstaat ist es zudem nicht gelungen, strengere Sozialhilferegulungen, die das europäische Recht zulässt, auch wirklich umzusetzen. Doch Politikerinnen müssen mit Stimmungen wie auch mit Fakten umgehen. Manchmal wünschte man sich allerdings stärkere Führungsqualitäten – wie sie Deutschland in der Flüchtlingskrise gezeigt hat.

5. FÜR DIE EU-MITGLIEDSCHAFT

Die traditionelle Argumentation in Großbritannien für Europa rückt Wachstum und Arbeitsplätze in den Mittelpunkt. Sie ist stichhaltig: Drei Millionen Arbeitsplätze hängen vom Binnenmarkt ab; der uneingeschränkte Zugang bringt Investitionen nach Großbritannien; um globale Märkte im Ausland zu erschließen, sind internationale Konzerne darauf angewiesen, Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu haben.

Doch die Europabefürworter gehen über diese rationalen wirtschaftlichen Argumente hinaus: Sie argumentieren emotional – um die schottische Parallele zu bemühen –, dass wir »zusammen besser sind« (*better together*). Harold Wilson hat den Vorwurf des Souveränitätsverlustes einmal mit der Bemerkung gekontert, dass die schrittweise Bündelung der Hoheitsrechte für ihn zum Fortschritt der menschlichen Zivilisation gehöre. Und er hatte Recht.

In unserer stark verflochtenen Welt ist Großbritannien bei der Bewältigung von Problemen, die über seine Grenzen hinausgehen, auf wirksame internationale Kooperation angewiesen. Und trotz der vielen Schwierigkeiten und Enttäuschungen gibt es dafür heute weltweit kein besseres Beispiel als die EU. In einer Zeit, in der China – mit einer nationalen Strategie

des aggressiven Staatskapitalismus – die größte Volkswirtschaft der Welt ist, in Russland Nationalismus und im Nahen Osten Barbarei und Fanatismus zurückkehren, in Nordafrika Chaos und dramatische menschliche Tragödien bestimmend sind – in einer solchen Zeit müssen wir in Europa entscheiden, ob wir zusammenhalten oder auseinandergehen. Ohne den Kooperationsrahmen der EU können wir Probleme wie die Klimaveränderung, Energie, Migration, Krankheiten, Terrorismus und Gefahren für den Frieden nicht lösen.

Literatur

British Political Speech (2015): Leader's speech, Bournemouth 2006a; siehe <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=314> (zuletzt eingesehen am 20.10.2015).

McFadden, Pat und Andrew Tarrant (2015): »What does Out look like? Testing Eurosceptic alternatives to EU membership«, London: Policy Network.

YouGov (2015): YouGov Survey Results; siehe <https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus-uploads/document/zvlyhdkq2h/Con-and-Lab-Supporters-150928-EU-w.pdf> (zuletzt eingesehen am 20.10.2015).

Dieser Artikel basiert auf der zweiten Auflage der vom Policy Network/Rowan & Littlefield herausgegebenen Broschüre »The Risk of Brexit« von Roger Liddle, die im November 2015 erscheinen wird, sowie auf dem Aufsatz »Britain's EU renegotiation: The view from our partners«, im Oktober 2015 ebenfalls vom Policy Network veröffentlicht.

Impressum:

© 2015

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Internationale Politikanalyse

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt: info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-347-8

Titelmotiv: © AFP, EMMANUEL DUNAND,

www.zumweissenroessl.de

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

